

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/185

Bonn, den 29. September 1969

28. SEPTEMBER 1969

EIN GROSSER TAG FÜR DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE

sp - Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat am 28. September 1969 den größten Wahlerfolg in ihrer nunmehr 105jährigen Geschichte erzielt. Mit einem Anteil von 42,7 Prozent der Stimmen gewann sie im Verhältnis zur Bundestagswahl 1965 3,4 Prozent. Dies ist ein unaufhaltsamer Vormarsch, der deutlich zeigt, daß die SPD nicht nur eine solide Vertrauensbasis in der Bevölkerung hat, sondern auch ständig neue Wählerschichten von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugen kann.

Ein besonderes Merkmal des Wahlerfolges vom vergangenen Sonntag ist aber die Tatsache, daß die SPD erstmalig die Parteien CDU und CSU mit den gewonnenen Direktmandaten auf den zweiten Platz verweisen konnte. Mit 127 Direktmandaten liegt die SPD gegenüber der CDU/CSU (121 Direktmandate) klar in Führung. Die CDU verlor 32 und die CSU zwei Direktmandate. Die SPD dagegen gewann 34 Direktmandate. Dieses Beispiel läßt darauf schließen, daß diesmal sehr viele Wähler klar erkannt haben, welche Partei über die bessere Mannschaft verfügt.

Bemerkenswert sind auch die Erfolge der SPD in jenen Gebieten, die die CDU bisher immer als ihre Hochburgen betrachtet hat. In Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen verloren prominente CDU-Abgeordnete ihre Direktmandate an SPD-Kandidaten. Zum Beispiel: Bundesverteidigungsminister Schröder in Düsseldorf, Fraktionsgeschäftsführer Will Rasner in Flensburg, Bundesarbeitsminister Katzer und Bundesfamilienminister Frau Brauksiepe in Köln sowie Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske in NRW.

Als der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner schon zu Beginn dieses Jahres sagte, man müsse sich auf den politischsten Wahlkampf seit Bestehen der Bundesrepublik einrichten, wurde die Richtigkeit dieser Voraussage oft angezweifelt. Das Wahlergebnis bestätigt Wehner. Eine genauere Analyse der Einzelergebnisse, aufgliedert nach Städten, Gemeinden und Ländern und unter Berücksichtigung besonderer Eigenarten bestimmter Regionen, wird dies noch deutlicher werden lassen. So konnte z.B. die SPD ihre relativ größten Erfolge in Gebieten mit vorwiegend katholischer Bevölkerung erringen. Gerade hier zeigte sich, daß die Wähler gegenüber den rückschauenden Erfolgswisweisen der CDU allergisch geworden sind und einer modernen SPD den Vorrang gaben.

- 2 -

Die erhöhte Wachsamkeit der Wähler gegenüber den Abgeordneten und den Parteien manifestiert sich auch in der bei dieser Wahl auffallend häufigen Differenz zwischen Erststimme und Zweitstimme. Persönlichkeiten wie Prof. Schiller, Dr. Alex Möller, Horst Ehmke, Georg Leber, Prof. Carlo Schmid, Wehner, H.-J. Wischnewski, Helmut Schmidt - um nur einige wenige Namen zu nennen - konnten sich überall durchsetzen, trotzdem die CDU gerade in diesen Wahlkreisen besondere Anstrengungen unternommen hatte, um die SPD-Kandidaten nicht zum Zuge kommen zu lassen.

Für die CDU ist das Wahlergebnis nicht schmeichelhaft. Sie verlor als Partei, deren Vorsitzender bekanntlich Kurt Georg Kiesinger ist, rund drei Prozent. Gemeinsam mit der CSU, deren Vorsitzender Franz Josef Strauß ist, konnte sie allerdings, drapiert als "Fraktionsgemeinschaft", ihren Stimmenverlust gerade noch auf 1,5 Prozent einpendeln. Hierbei muß man sich vergegenwärtigen, daß trotz des sehr starken physischen Einsatzes des CDU-Parteivorsitzenden Kiesinger im Wahlkampf der CSU-Vorsitzende Strauß zusätzlich zu seinen bayerischen Verpflichtungen noch zahlreiche Versammlungen im übrigen Bundesgebiet übernommen hatte. Bei der CDU fragt man sich im Augenblick, ob der Einsatz von Strauß außerhalb Bayerns geschadet oder genützt hat. Im Münchner Hauptquartier der CSU wird jetzt schon behauptet, die Verluste der CDU/CSU wären noch größer geworden, wenn Strauß in Bayern geblieben wäre. Bei der CDU in Nordrhein-Westfalen wird das Gegenteil behauptet. Doch darüber sollen sich die C-Parteien intern auseinandersetzen. Für die richtige Beurteilung der politischen Landschaft in der Bundesrepublik ist es gut, zu wissen, daß die SPD jetzt eindeutig die stärkste Partei im Bundesgebiet ist, während CDU und CSU nur als "Fraktionsgemeinschaft" den Eindruck vermitteln können, sie hätten ihre Positionen einigermaßen gehalten.

Für die Freien Demokraten ist das Wahlergebnis betrüblich. Der Rückgang ihres Stimmenanteils von 9,5 auf 5,8 Prozent läßt vermuten, daß nur diejenigen Wähler diesmal die FDP gewählt haben, die einen Führungswechsel in Bonn anstreben. Welche Konsequenzen das für die FDP haben wird, ist noch nicht klar erkennbar. Die Führung der FDP wird es nicht leicht haben, den vor der Wahl angepeilten Kurs in Bonn durchzuhalten. Hierbei darf die FDP von der Gewißheit ausgehen, daß die Sozialdemokratie loyal alle Möglichkeiten prüfen wird, die geeignet sein können, eine fortschrittliche Politik in der Bundesrepublik zu gewährleisten.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien jedoch können die Wähler dazu beglückwünschen, daß sie den Radikalen von rechts und links eine Absage erteilt haben. Daß der kommunistische Ableger ADF nur einige Gefolgsleute Ulbrichts einfangen würde, war von vornherein klar. Unklar war bis in die Wahlnacht, wie die NPD abschneiden würde. Aber auch hier zeigte sich, daß Wehner recht hatte, als er den politischsten Wahlkampf voraussagte. Die NPD erreichte nicht die Fünf-Prozent-Grenze. Überall, wo sie bei den vorausgegangenen Land-

tags- und Kommunalwahlen einige spektakuläre Erfolge erringen konnte, hat der Wähler ihr jetzt eine Abfuhr erteilt.

Wie das Auslandsecho zu den Wahlen und besonders zum Abschneiden der NPD zeigt, waren die von den demokratischen Parteien erhobenen Warnungen vor der NPD nicht übertrieben. Bei den Freunden der Bundesrepublik wird mit Genugtuung festgestellt, daß die überwältigende Mehrheit der Wähler den Neonazismus ablehnt. In den kommunistisch regierten Staaten, wo man vor der Wahl mit ziemlicher Sicherheit den Einzug einer NPD-Fraktion in den Bundestag vorausgesagt hatte, um dann wahrscheinlich noch wilder das Gespenst einer revanchelüsternden und militaristischen Bundesrepublik an die Wand malen zu können, ist es verhältnismäßig still geworden. Nur in Ostberlin wird jetzt gesagt, auch die im Bundestag vertretenen Parteien seien "nicht viel besser", was nach DDR-Sprachregelung bedeutet, es habe sich nichts in der Bundesrepublik geändert. Zusammengefaßt darf zu diesem Kapitel - NPD - gesagt werden: Es ist gut, daß der Wähler dieser Nachgeburt der NSDAP eine politische Absage erteilt hat. Die Bundesrepublik Deutschland wird dadurch ihr Ansehen in der Welt verbessern. Jetzt aber kommt es darauf an, diese Partei durch eine konstruktive Reformpolitik politisch endgültig aus der Landschaft Deutschlands zu verbannen.

Nun hat das große Rätselraten über die möglichen Koalitionen begonnen. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands besteht kein Grund zu hektischer Betriebsamkeit. Die Frage, wer mit wem regieren kann oder soll, wird in den für eine solche Entscheidung zuständigen Gremien unter Berücksichtigung aller Gegebenheiten geprüft werden. Die Erklärung des SPD-Vorsitzenden und Bundesaußenministers, Willy Brandt, er werde sich um die Zustimmung der Mehrheit des Bundestages für die Wahl des Bundeskanzlers bemühen, ist eine Selbstverständlichkeit. Die SPD ist die einzige Partei, die bei dieser Bundestagswahl für ihre Politik die klare Zustimmung der Wähler erhalten hat; ihr Stimmengewinn weist dies aus. Die Partei Kurt Georg Kiesingers verlor und die Partei des Franz Josef Strauß konnte sich gerade halten. Die Verluste der FDP sind - so schmerzlich sie für die Partei selbst sein mögen - der Beginn eines politischen Klärungsprozesses, der schon seit langem unabwendbar gewesen ist. Dieser Klärungsprozeß muß durchgestanden werden, ohne Seitenblicke, loyal und zielbewußt.

Soweit es sich bei der Regierungsbildung um zahlenmäßig zu errechnende Kombinationen handelt, wird man wohl sehr bald wissen, woran man ist. Dann aber kommt auf alle Parteien die Frage zu, welche Politik für Deutschland erforderlich ist. Hierbei geht es sowohl innen- als auch außenpolitisch um Sachfragen, d.h. um die Formulierung präziser Vorstellungen wie eine künftige Bundesregierung dieses oder jenes Problem zu lösen gedenkt.

Weitere Überlegungen in diesem Augenblick anstreben zu wollen, wäre wenig hilfreich. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, hat durch seine Erklärung den Weg gewiesen. Ob dieser Weg gegangen werden kann, hängt von der Entscheidung jener ab, die seit langem angekündigt haben, auch sie wollten einen Führungswechsel in Bonn.

Das Votum der Großstädte

Eine klare Absage an die CDU

sp - Ein herausragendes Faktum der Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag ist das Votum der Bevölkerung in den Großstädten. Hier war die Position der Sozialdemokraten ohnehin schon stark, und viele meinten, der "Sättigungsgrad" sei erreicht worden. Weitere Steigerungen des sozialdemokratischen Stimmenanteils seien nicht möglich. Jene, die das annahmen, unterlagen einer Täuschung. Von wenigen Ausnahmen abgesehen - diese erfolgten in Bayern - haben fast sämtliche Großstädte sozialdemokratische Kandidaten direkt gewählt, stieg der Stimmenanteil dieser Partei im Vergleich zu der letzten Bundestagswahl bis zu sechs Prozent und darüber hinaus. Hier einige frappierende Beispiele (die in Klammern enthaltenen Prozentzahlen beziehen sich auf 1965):

Hamburg 54,6 (48,3), Bremen 52,0 (49,6),
Darmstadt 51,2 (46,5), Wiesbaden 47,7 (44,5),
Ludwigshafen 53,9 (49,8), München 48,6 (44,5),
Würzburg 37,7 (34,1), Mainz 48,6 (43,2),
Göttingen 48,8 (42,1), Essen 55,28 (51,5),
Flensburg 51,9 (46,3), Hannover 54 (50,4),
Bochum 56,69 (53,9), Wuppertal 49,05 (41,4),
Duisburg 56,75 (53,4), Köln 51,93 (42,7).

Diese Beispiele könnten beliebig fortgesetzt werden. Die große Mehrheit der Bevölkerung in den Großstädten der Bundesrepublik entschied sich für die Sozialdemokraten. Die CDU nimmt hier eine Minderheitsposition ein. Sie hat viel an Boden verloren. Hier rächt sich die von Kiesinger und Strauß erzwungene Verzögerung des Städtebauförderungsgesetzes. Das Votum der Großstadtbevölkerung ist eine entschiedene und unüberhörbare Mahnung an den Gesetzgeber, dieses gesellschaftspolitisch so wichtige Gesetz im neuen Bundestag bald zu verabschieden. Jeder Tag Verzögerung macht die Sanierung unserer Städte teurer. Es fehlen Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen, die Städte ersticken im Verkehr. Ein veraltetes Bodenrecht machte es bisher fast unmöglich, die notwendigen städtebaulichen Maßnahmen zum Wohle der Bürger durchzuführen. Darunter mußten alle leiden. Die Verabschiedung des von Lauritzen erarbeiteten Städtebaugesetzes durch den neuen Bundestag bleibt eine der vordringendsten Aufgaben. Die SPD wird dafür sorgen, daß sie nicht auf die lange Bank geschoben werden.